



WAHL ZUM HAUPTPERSONALRAT

GdP weiterhin mit absoluter Mehrheit

Ausgang der Wahl zum Hauptpersonalrat der Polizei 2019

Kiel – Die vorläufigen Ergebnisse zu den HPR-Wahlen bei der Polizei liegen vor. Auf die Gewerkschaft der Polizei entfallen demnach sieben der elf zur Verfügung stehenden Plätze. Beamtinnen und Beamte in der GdP bekommen danach sechs Plätze, auf die Tarifbeschäftigten entfällt einer. Damit hat die GdP weiterhin die absolute Mehrheit im Hauptpersonalrat. Die Ergebnisse im Einzelnen bei der Gruppe Beamtinnen und Beamte:

Liste 2 – GdP 22.718 Stimmen
(= 57,2 %)

Liste 1 – BDK: **7.489** Stimmen
(= 18,9 %)

Liste 3 – DPolG: **9.484** Stimmen
(= 23,9 %)

Somit sind in den Hauptpersonalrat der Polizei für die Beamtinnen und Beamten von der Liste der GdP gewählt:
Torsten Jäger mit 1.755 Stimmen,

**Andreas Kropius (1.572 Stimmen),
Kristin Stielow (1.487 Stimmen),
Thomas Gründemann (1.459 Stimmen),
Thomas Mertin (1.407 Stimmen) und
Sven Neumann (1.367 Stimmen).**

Von der Liste des BDK sind Henrik Reershemius mit 535 Stimmen und Susanne Gallus (532 Stimmen) sowie von der Liste DPolG Torsten Gronau mit 614 Stimmen und Sebastian (575 Stimmen) gewählt. Für die **Tarifbeschäftigten** wurde Norina Gloy-Leinweber (GdP) mit 382 Stimmen gewählt. (Siehe auch Kommentar auf Seite 2)

Der Landesvorstand dankt allen Wählerinnen und Wählern für dieses Vertrauen. Ausdrücklich danken wir aber auch dem Hauptwahlvorstand um Horst Winter und den zahlreichen örtlichen Wahlvorständen in der Landespolizei für ihre akribische und gewissenhafte Arbeit, mit der sie Garant für gelungene Wahlen waren.



Norina Gloy-Leinweber wird als Vertreterin der Tarifbeschäftigten auch künftig dem Hauptpersonalrat der Polizei angehören.



Die gewählten Beamten für den Hauptpersonalrat der Polizei: Torsten Jäger, Andreas Kropius und Kristin Stielow (v. l. obere Reihe) sowie Thomas Gründemann, Thomas Mertin und Sven Neumann (v. l. untere Reihe).



Torsten Jäger: Wir sind vorbereitet

GdP bereitet Kampagne zur Durchsetzung von Besoldungs- und Versorgungsstrukturverbesserungen vor

Kiel/Nortorf – Die GdP begrüßt die Initiative der Finanzministerin Monika Heinold zur Sicherung des Pensionsfonds in Schleswig-Holstein. Mit einer Schutzklausel in der Landesverfassung wäre ein wenig durchdachter Schnellschritt auf den zurzeit 700 Millionen Euro umfassenden Fonds deutlich erschwert.

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Torsten Jäger dazu: „Damit übernimmt Frau Heinold Verantwortung für die Menschen, die ein Berufsleben lang diesem Land gedient und diesen Fonds selbst angespart haben.“ Die Finanzministerin müsse dieses Verantwortungsbe-

wusstsein nun aber auch für die aktiven Kolleginnen und Kollegen unter Beweis stellen.

Frau Heinold hat ernsthafte Gespräche über notwendige Strukturverbesserungen in der Besoldung und Versorgung bis zum Sommer 2019 zugesagt und in vielen Gesprächen mit den Gewerkschaften vorbereitet. Jäger weiter: „Ernsthafte Umsetzungen bereits vor diesen Gesprächen durch Verweise auf negative Steuerschätzungen oder Haushaltsentwicklungen öffentlichkeitswirksam einzusammeln, macht unsere Kolleginnen und Kollegen wütend!“

Der GdP-Landesvorstand hat sich zu diesem Thema in Nortorf getroffen und eine gewerkschaftspolitische Kampagne vorbereitet. Die Forderungen und Vorschläge der GdP liegen auf dem Tisch: **Rückkehr zu einem vollumfänglichen Weihnachtsgeld, Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden für alle,**

Wegfall des Eigenanteils in der Heilfürsorge bzw. Selbstbehalts in der Beihilfe und die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage. Jäger:

„Wir sind vorbereitet und warten jetzt ab, wie ernsthaft Monika Heinold die Gespräche mit uns führen wird. Sollten sich die Versprechungen auf ernsthafte Gespräche als „Versprechen“ darstellen, werden wir den Frust unserer Kolleginnen und Kollegen in einer umfänglichen gewerkschaftspolitischen Kampagne fokussieren!“ Der Landesvorstand beschreitet diesen Weg einstimmig. Was ein gebrochenes Versprechen gegenüber Polizisten bedeuten kann, hat der seinerzeitige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen 2007 bei der Streichung des Weihnachtsgeldes erfahren müssen. Die aufgesetzte Lügennase bleibt ein prägendes Symbol für eine Lüge und einen eklatanten Vertrauensbruch gegenüber der gesamten Landespolizei.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 7/2019
Freitag, 31. Mai 2019



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig.holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

KOMMENTAR

„Sind bei uns geblieben“

Personalratswahlen 2019 – Ein Kommentar von Torsten Jäger

Das waren sie nun – die Personalratswahlen 2019. Die wichtigste Erkenntnis: Die GdP verfügt auch weiterhin über die absolute Mehrheit im Hauptpersonalrat der Polizei. Selbst wenn wir uns ein noch besseres Ergebnis gewünscht hätten, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die Zeiten auch in der Landespolizei verändert haben. So ist die GdP am Ende dankbar, erneut von so vielen Kolleginnen und Kollegen das Vertrauen ausgesprochen bekommen zu haben. Die Gesamtzahlen sprechen für sich. Ein Ergebnis, das wir gleichzeitig als Verpflichtung empfinden. Überraschend ist natürlich der Vertrauensbeweis für Norina Gloy-Leinweber in der Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Erfreulich ist aber auch: In der Gruppe der Beamten befinden sich unter den sechs gewählten GdP-Kandidaten sowohl Schutz-

Wasserschutz- als auch Kriminalbeamte.

Als GdP sind wir darüber hinaus ein wenig stolz darauf, dass es uns im Personalratswahlkampf bis zuletzt gelungen ist, trotz diskreditierender Angriffe und Vorwürfe „bei uns zu bleiben“ und damit ohne Seitenhiebe auf vermeintliche oder tatsächliche Konkurrenten auszukommen. Im politischen „Wettstreit“ gibt es aus unserer Sicht zu viele unruhliche Vorbilder, so dass wir uns als GdP von Beginn an im Klaren waren, uns auf eine öffentliche Auseinandersetzung mit gegenseitigen Anfeindungen und Herabsetzungen nicht einzulassen. Wir waren und sind uns sicher, dass eine „Schlammschlacht“ bei den Kolleginnen und Kollegen auf kein Verständnis gestoßen wäre und letztlich der Landespolizei mehr geschadet als genutzt hätte.



INTERVIEW

„Auch künftig werden sich nicht alle tadellos verhalten“

Eutin/tgr – Christiane Balzer ist als Diplom-Pädagogin nunmehr seit mehr als 20 Jahren an der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin tätig. Seit einigen Jahren leitet sie den Fachbereich Allgemeinbildung.

In den vergangenen Jahren sah sich die PD AFB aufgrund von einzelnen Vorfällen Sexismus- und Rassismusswürfen ausgesetzt. Auch gibt es aufgrund aktuell bekannt gewordener Fehlverhalten von Auszubildenden aus dem vergangenen Jahr kritische Stimmen, dass es möglicherweise Defizite bei der Vermittlung von Werten bei den Polizeianwärtern geben würde.

In ihrer Funktion hat Christiane Balzer nunmehr seit zwei Jahrzehnten täglich mit den jungen Menschen zu tun, die in der PD AFB ausgebildet werden. GdP-Landesredakteur Thomas Gründemann interviewte die Leiterin des Fachbereichs Allgemeinbildung in der PD AFB:

Wie bewerten Sie als Diplom-Pädagogin die Ausbildung in der PD AFB?

Christiane Balzer: Neben meiner Leitungstätigkeit im Fachbereich Allgemeinbildung unterrichte ich auch selbst immer noch regelmäßig in allen Ausbildungsabschnitten. Ich kann feststellen, dass unsere Auszubildenden vom Beginn der Ausbildung bis zu ihrer Ernennung häufig einen deutlichen Reifeprozess vollziehen. Dies beziehe ich sowohl auf den Lernzuwachs als auch auf ihre Persönlichkeitsentwicklung. Insofern kann man davon ausgehen, dass unsere Ausbildung Wirkung entfaltet.



Die Zufahrt zur Unterkunft der PD AFB in Eutin.

Wie hat sich nach Ihren Erfahrungen die Ausbildung in der PD AFB in den vergangenen 20 Jahren verändert?

Christiane Balzer: Die Inhalte der Ausbildung sind ausgesprochen anspruchsvoll und haben sich in den vergangenen Jahren erweitert. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Neue



Christiane Balzer

Einsatzmittel, eine veränderte Sicherheitslage und Entwicklungen in der Digitalwelt sind nur drei Beispiele dafür, dass wir heute in zweieinhalb Jahren zusätzliche Themen vermitteln müssen, die Ausbildungsdauer ist dabei gleichgeblieben.

Gibt es nach Ihren Feststellungen beziehungsweise Beobachtungen aktuell Defizite in der Ausbildung des Polizeinachwuchses? Wenn ja, wo hakt es in der Ausbildung?

Christiane Balzer: Ein Manko sehe ich in der hohen Zahl der unbesetzten Stellen und der relativ hohen Fluktuation im Ausbildungspersonal. Wenn junge Menschen eine Ausbildung bei uns beginnen, dann suchen sie zunächst nach Rollenvorbildern, denn sie haben bis dahin eher eine vage Vorstellung davon, was eine gute Polizistin/einen guten Polizisten kennzeichnet. Als Lehrkraft muss ich mich aber auch selbst zunächst in meine Rolle finden, dies geschieht nicht auf Knopfdruck und auch nicht per se durch das Absolvieren einer Schulungsmaßnahme.

Damit das gesamte Ausbildungspersonal seine Vorbildfunktion einheitlich verstehen kann, wäre eine stärkere personelle Kontinuität wünschenswert, damit ein „Wir-Gefühl“ und ein gemeinsames Verständnis der eigenen Rollenzuschreibungen verstetigt werden können.

Der ehemalige Leiter der PD AFB und amtierende Landespolizeidirektor

hat in einem Interview mit der GdP gesagt, dass „es nach seiner festen Überzeugung keine strukturellen Defizite gibt, die solche Verhaltensweisen zulassen oder fördern“. Vielmehr finde in der PD AFB seit Jahren eine sehr wertorientierte Ausbildung statt und er bedauere, dass Fehlverhalten Einzelner anscheinend eine ganze Organisation in der Öffentlichkeit in Misskredit bringen könne. Teilen Sie diese Aussagen?

Christiane Balzer: Die Aussage kann ich voll und ganz teilen. Es ärgert mich sehr, wenn das Fehlverhalten Einzelner als Maßstab für eine ganze Behörde herhalten soll. Wir stellen derzeit jährlich rund 400 junge Menschen ein, die wir zweieinhalb Jahre ausbilden oder drei Jahre ins Studium schicken. Wir werden auch in Zukunft erleben, dass nicht alle von ihnen sich in Ausbildung und Freizeit tadellos verhalten. Daraus ein strukturelles Problem ableiten zu wollen, empfinde ich als unfair und es frustriert mich und viele meiner Kolleg*innen zutiefst.

Welche Eindrücke haben sie von den Auszubildenden gewinnen können? Sind sich die Auszubildenden nach ihren Wahrnehmungen der Bedeutung ihres zukünftigen Berufes schon bewusst?

Christiane Balzer: Ich komme gerade von einer Israel-Reise zurück, auf der ich mit Auszubildenden und Student*innen ein Seminar zum Holocaust in Yad Vashem besuchen durfte. Unsere Teilnehmer*innen haben mich tief beeindruckt und ich bin mir sehr sicher, dass auch dieses Seminar ein weiterer wichtiger Baustein zur Rollenfindung ist.

Es ist das Wesen einer Ausbildung, dass man auf die zukünftige berufliche Tätigkeit vorbereitet wird. Aus meiner Sicht wäre es deshalb völlig überzogen, von unseren Auszubildenden bereits von Beginn an ein gefestigtes Rollenbild zu erwarten. Die große Verantwortung des Berufes kann man nicht ausschließlich „auf der Schulbank“ lernen, sondern sie wird später durch praktische Handlungserfordernisse im dienstlichen Alltag deutlich. Wir legen also keine Schalter um, sondern stoßen Prozesse an. Wir nehmen uns bei der Auswahl unserer Bewerber*innen viel Zeit, um die grundsätzliche Eignung für den Polizeiberuf festzustellen. Alles andere muss wachsen.



2. Einsatzhundredschaft gefordert

GdP-Versammlung in der AFB: Innenminister stand Rede und Antwort

Eutin/tg – Einem ungewohnten „Verhör“ unterzog sich Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) während der Jahreshauptversammlung der GdP-Regionalgruppe AFB.

Dabei beantwortete der Minister geduldig die Fragen des Regionalgruppenvorsitzenden Thomas Mertin und von Jan Schmidt, dem Landesvorsitzenden der Jungen Gruppe der GdP.

Und auch die Anzahl der „Zeugen“ war für ein Verhör ungewöhnlich zahlreich. Rund 200 Kolleginnen und Kollegen der PD AFB verfolgten aufmerksam, wie sich Grote aus der Affäre zog. Und einige von ihnen folgten auch dem Appell von Maren Freyherr, der neuen Leiterin der PD AFB, und nutzten die Gelegenheit, ihre persönlichen Fragen an den Innenminister zu richten. Hans-Joachim Grote hatte aber eine gute Nachricht für die Anwesenden. „Der Standort Eutin steht außer Frage“, versprach der oberste Dienstherr der Polizei. Das Versprechen des Ministers nahm Mertin erleichtert zur Kenntnis. „Das beruhigt vor allem die Kolleginnen und Kollegen mit Familie und Hauseigentum“, so Thomas Mertin.

Zunächst aber hatten Thomas Mertin und Jan Schmidt das Wort:

So wies Mertin den obersten Dienstherrn der Polizei auf die Auslastung der 1. Einsatzhundredschaft hin. Diese habe alleine im vergangenen Jahr rund 1000 Einsätze bewältigt. „Damit entfallen im Durchschnitt auf jeden einzelnen der 213 Kolleginnen und Kollegen 880 Stunden. Und 60 Prozent der Einsätze sind sehr kurzfristig mit einem Vorlauf unter drei Tagen angefallen“, sagte Thomas Mertin. Bedauerlich: Die meisten Beamten verließen nach fünf Jahren die Einsatz Einheit wieder. Der Grund: Mangelnde Aufstiegschancen. „Damit verlieren wir aber auch Kompetenz. Wann wird es eine 2. Einsatzhundredschaft geben?“ fragte der GdP-Regionalgruppenvorsitzende den Innenminister. Der Minister bezog sich auf den Koalitionsvertrag. Darin sei festgeschrieben, dass das Personal der Landespolizei um 500 neue Beamtinnen und Beamten ausgebaut werde, so der CDU-Politiker. „Allein für eine 2. Hundredschaft würden jedoch schon 130 Beamte gebraucht“, gab Grote zu bedenken. Die zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten sollen nach seinen Angaben auch auf

die Wachen verteilt werden. Und der finanzielle Aspekt dürfe auch nicht unberücksichtigt bleiben. „Eine Arbeitsgruppe macht sich Gedanken über die Neustrukturierung. Denkbar wäre eventuell eine halbe Hundredschaft als erste Festnahmeinheit“, erklärte der Minister. Klar sei aber, dass Unterstützung gebraucht werde. Grote räumte aber ein: „Ich kann Ihnen aber heute nicht zusichern, dass wir das in diesem oder im nächsten Jahr realisieren.“

Aber ein Versprechen gab der Innenminister: Und zwar ein leistungsfähiges WLAN für die Landespolizeischule in Kiebitzhörn und für die Unterbringung der Auszubildenden in der Seniorenresidenz Wilhelmshöhe. „Das Geld ist eingeplant“, bemühte sich Grote Zweifler zu beruhigen. Gleichzeitig machte der Minister darauf aufmerksam, dass die Anmietung von Appartements zur Unterbringung von Auszubildenden in der Seniorenresidenz Ende 2025 auslaufen würde. Bis dahin solle für die PD AFB ein Neubau realisiert sein. Darüber hinaus signalisierte Hans-Joachim Grote, dass die Zeit für eine Unterbringung der Auszubildenden in 3-Bett-Zimmern der Vergangenheit angehören müsse. „2-Bett-Zimmer sind die maximale Lösung“, unterstrich der Christdemokrat. Allen Grund zur Freude hatten drei als Angestellte befristete beschäftigte Sportlehrer. Sie erhielten von Innenminister persönlich einen Garantieschein: „Ihre Arbeitsverträge werden in unbefristete umgewandelt“, so der Minister wörtlich.

Thomas Mertin mahnte an, dass in den Ausbildungsstätten der Polizei sowohl in Eutin als auch an der Fachhochschule Altenholz Fachlehrer und Dozenten fehlten. „Die Fachleute gehen aus“, räumte Hans-Joachim Grote ein. „Wir werden insgesamt demnächst massiv um Kräfte werben müssen – auch in Hinblick auf die Altersstruktur in den nächsten zehn Jahren.“ Thomas Mertin und Jan Schmidt beklagten die Dauer von Stellenbesetzungsverfahren. Und fanden Verständnis beim Minister, der die Bewerbungsverfahren ebenfalls für zu



Innenminister Hans-Joachim Grote (r.) stellte sich den Fragen von Thomas Mertin (l.) und Jan Schmidt.

langwierig bewertete. Auch räumte Hans-Joachim Grote ein, das Dienstpostenbewertungssystem der Landespolizei schon auf dem Papier nicht nachvollziehen zu können. Das müsse aber der Fall sein, denn es habe auch etwas mit Arbeitszufriedenheit zu tun. „Es wäre schön, wenn Stellen deutlich schneller besetzt werden könnten.“ Es sei aber noch kein Modus gefunden worden, das zu beschleunigen.

Die Kritik der GdP, dass die Karrieren auch in der PDAFB nur über Führungspositionen möglich seien, nahm Grote ebenfalls auf. Es sei die Planung des Landes, auch Fachkarrieren zu ermöglichen, um so Know-how zu sichern, so der Minister. Und im mittleren Dienst sei es nun auch möglich, prüfungsfrei bis zu A 11 aufzusteigen, erklärte Grote. Mit dieser Änderung solle aber auch die Konkurrenz von berufserfahrenen Bewerbern des mittleren Dienstes mit studierten Bewerbern des gehobenen Dienstes verhindert werden.

Für die GdP drängte Thomas Mertin auf die Wiedereinführung des 2007 abgeschafften Weihnachtsgeldes. Hans-Joachim Grote gab jedoch zu bedenken: „Ich nehme diese Forderung zur Kenntnis. Aber es gibt nur eine zur Verfügung stehende Finanzmasse“, sagte der Innenminister.

Und auch die Forderung des Stellvertretenden GdP-Landesvorsitzenden Sven Neumann nach der 35-Stunden-Woche wies der Minister zurück: „Dann müsste es zum Ausgleich 850 zusätzliche Stellen geben“, so Hans-Joachim Grote.



RECHTSSCHUTZ

„Generation Nimm“ oder gleiches Recht für alle?

Mit Rechtsschutz der GdP einen Schritt weiter gehen ...

Immer mal wieder kam dieses Thema bei Dienstversammlungen oder in Gesprächen mit Kollegen und Kolleginnen auf, und ich bin mir sehr sicher, dass es vielen anderen da ähnlich geht wie mir bei dem Thema „Rüstzeiten“. – Es glimmt einen Moment auf, hält kurz an, und irgendwann sagt man sich „Ich kann es doch eh nicht ändern.“ Die Schublade geht wieder zu, und das Thema ist erst mal wieder vergessen.

Nach einer Dienstversammlung im Dezember 2016, bei der es „turnusmäßig“ mal wieder Zeit für das Thema „Rüstzeiten“ war, beschloss ich, da mal genauer nachzuhaken, denn ich wusste ja, dass in anderen Bundesländern die „Rüstzeiten“ als Dienstzeit vergütet werden – warum dann nicht auch bei uns in SH?

Mein fester Vorsatz war, ein für alle Mal zu einem Ergebnis zu kommen. Nach jahrelanger Mitgliedschaft war ich erstmalig soweit, nötigenfalls auch mal den GdP-Rechtsschutz zu „testen“.

Gesagt, getan ... Ich nahm E-Mail-Kontakt mit der GdP-Geschäftsstelle in Kiel auf.

Es kam prompt eine Antwort, und ich dachte mir schon „super, das wird ja einfach“.

Große Überraschung ... So einfach wie gedacht wurde es nicht, und am Ende zog die ganze Sache größere Kreise als gedacht, aber eins nach dem anderen ...

Inhalt der Antwort war seinerzeit nämlich im Prinzip genau der, den ich mir gewünscht habe:

- „... Rüstzeit ist selbstverständlich Dienstzeit ...“
- „... das soll eigentlich landesweit auch schon so umgesetzt sein ...“
- „... wenn es bei dir auf der Dienststelle Probleme gibt, sprich einfach erst mal mit deiner Regionalgruppe bzw. dem ÖPR ...“

Zuallererst sprach ich mit meinen Vorgesetzten. Mir wurde schnell klar, dass da nichts zu holen ist. Niemand wollte sich so weit aus dem Fenster lehnen und offiziell „Rüstzeiten“ für alle gewähren. Um etwas in der Hand zu haben, stellte ich den Antrag auf „Rüstzeiten“ auch noch schriftlich, sodass er auch schriftlich von meinem Vorgesetzten abgelehnt werden musste.

Also ging die nächste E-Mail raus, und zwar an die GdP-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein.

Ich bekam eine freundliche Antwort vom Vorsitzenden Jörn Löwenstrom, der mir zusagte, sich mal umzuhören, ob es auch auf anderen Dienststellen diese Problematik gibt. Was soll ich sagen, natürlich gab es die gleichen Probleme auch auf anderen Dienststellen. Ich fragte Jörn sowohl in seiner Rolle als ÖPR als auch Vorsitzenden der Regionalgruppe, was ich tun muss, um von der GdP



Dennis Zwick

Rechtsschutz zu erhalten. Wir diskutierten das Für und Wider und natürlich auch die möglichen Folgen.

Ich entschied mich dazu, einen Rechtsschutzantrag zu stellen, ein schnell ausgefülltes DIN-A4-Formblatt – Name, Mitgliedsnummer, Datum, Anliegen und schon abgeschickt.

Aus der Geschäftsstelle in Kiel erhielt ich von Susanne Rieckhof die Rückmeldung, dass über meinen Antrag bei der nächsten Sitzung beraten wird und ich anschließend informiert werde.

Nach ungefähr zwei bis drei Wochen war es dann soweit. Mir wurde Rechtsschutz zugesagt, zuständig für meinen Fall war die Vertrauensrechtsanwältin Uta Scheel.

In einem sehr angenehmen Telefonat klärte ich mit Frau Scheel die Eckdaten. Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung im Bereich des Verwaltungsrechts und ihrer Tätigkeiten für die GdP Schleswig-Holstein war ihr mein Anliegen schnell erklärt. So langsam nahm die ganze Sache Fahrt auf ...

Nachdem Frau Scheel meinen Antrag formuliert und abgeschickt hatte (das

war Anfang Mai 2017), bekam ich ein Antwortschreiben aus dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration (das war dann im Januar 2018).

Ich gebe zu, ich musste es mehrfach lesen, um alles zu verstehen. Auch weil ich nicht glauben konnte, was dort geschrieben stand. Was blieb, war das Gefühl, mindestens zweimal geohrfeigt worden zu sein mit einem anschließenden Schlag in die Magengrube.

Das Thema „Rüstzeiten“ wurde nun zu einem größeren Thema, nicht nur auf meiner Dienststelle, sondern landesweit. Es wurde bekannt, dass ein offizieller Antrag (mein Antrag) gestellt worden ist. Es wurde viel diskutiert, die verschiedenen Direktionen wurde zum Thema abgefragt, Arbeitsgruppen gebildet.

Ich gebe zu, dass auch mir das Thema „Rüstzeiten“ zwischenzeitlich ganz gewaltig auf die Nerven ging. Die Kommentare, die ich von Kollegen und Kolleginnen erhielt, gingen von absolutem Unverständnis bis hin zur vollen Zustimmung. Glücklicherweise waren letztere in der deutlichen Mehrzahl, und einem Großteil der anderen konnte ich die Problematik dahinter erklären und zum Teil sogar umstimmen.

In besonderer Erinnerung blieb mir hierbei der Ausspruch, dass es sich wohl um die „Generation Nimm“ handele. Früher sei man selbstverständlich rechtzeitig zum Dienst erschienen. Niemand wollte auch noch extra Dienstzeit fürs Anziehen oder „Aufrüsten“ haben ...

Dass es sich hierbei um „Totschlagargumente“ und Stammtischparolen handelt, muss ich ja nicht näher erläutern, denn wer solche Äußerungen tätigt, hat das eigentliche Anliegen gar nicht verstanden. Dabei waren es auch oft die älteren Kollegen, die mir zugestimmt haben. Eben jene, die schon viele Kürzungen und Streichungen in ihrem Dienstleben erleben mussten.

Ja, die Rüstzeit kostet Geld, das steht außer Frage, aber sie steht uns zu! Und wir sind damit weit davon entfernt, einer „Generation Nimm“ anzugehören.

Umso mehr hat es mich gefreut, dass im neuen Arbeitszeiterlass Anfang 2019 nicht nur die Rüstzeit, sondern auch die Zeit fürs Umziehen endlich offiziell Einzug gefunden haben.

Fortsetzung auf Seite 8



3000-Euro-Spende vom Bulli-Club

Kiel – Großzügige Spende für den „Hilfs- und Unterstützungsfonds für im Dienst verletzte Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not“. Der Bulli-Club „LLE-Kartei“ übergab Klaus Schlie, dem Vorsitzenden des Fonds, eine Spende in Höhe von 3000 Euro.

Aneinandergereiht wie „Perlen an einer Schnur“ – 54 „orlyblaue“ und „tornadorote“ Bullis cruisten vom 22. bis 26. August vergangenen Jahres durch die schleswig-holsteinische Landschaft. Anlässlich des 51. Treffens der LLE-Kartei, das nach 2015 zum zweiten Mal in der 24-jährigen Geschichte der Interessengemeinschaft in Schleswig-Holstein stattgefunden hat, wurden die Fahrer/-innen der auf 2500 Stück limitierten Sonderreihe „VW-Bus T3 – Limited Last Edition“ bei ihrer Bulli-Ausfahrt erneut als Folge einer auf die Verkehrssicherheit abzielenden Auflage der Genehmigungsbehörde durch die Polizei begleitet. Ausgangspunkt einer unvergesslichen Spritztour an die und vor allem entlang der Ostseeküste nach Lübeck-Travemünde war der Campingplatz „KluthseeCamp & Seeblick“ in Klein Rönnau im Kreis Segeberg. Vor allem über die polizeiliche Begleitung durch das Polizei-Autobahn- und Bezirksrevier Bad Segeberg freuten sich die rund 100 Teilnehmer und bedankten sich auf ihre Art: und zwar wiederholt mit ei-

ner beeindruckenden Spende für den Hilfs- und Unterstützungsfonds für im Dienst verletzte Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not, kurz HUPF genannt. Bereits vor drei Jahren war dieser mit einer Spende von 2500 Euro bedacht worden. „Heute wie auch damals möchten wir mit dieser Spendenaktion unsere Wertschätzung gegenüber den Angehörigen der Landespolizei Schleswig-Holstein ausdrücken, die tagtäglich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Land Sorge tragen. Ein ganz besonderer Dank gilt Herrn Polizeioberkommissar Kersten Schwabe und seinen Kollegen vom Polizei-Autobahn- und Bezirksrevier Bad Segeberg für den reibungslosen Ablauf unserer Bulli-Ausfahrt in polizeilicher Begleitung“, sagte Joachim Merker, Gründungsmitglied und Organisator der LLE-Kartei. Und Klaus Schlie war begeistert. „Die Entscheidung der LLE-Kartei, unserem Fonds abermals eine Spende zu widmen, zeugt von Gemeinsinn und ist beispielhaft“, stellte der HUPF-Vorsitzende und Landtagspräsident fest. Die Arbeit der Polizei – nicht nur in Schleswig-Holstein – sei immer wieder gekennzeichnet durch

gegen Beamtinnen und Beamte gerichtete Gewalttaten. Sie seien zum Begleiter der ganz normalen Tagesarbeit der Polizei geworden. Schlie machte deutlich: „Das ist so nicht hinzunehmen. Umso dankbarer sind wir Menschen und Institutionen, die zu Schaden gekommene Polizeibeamte mit einer großzügigen Zuwendung unter die Arme greifen wollen. Das ist gelebte Solidarität.“ Die Kontoverbindung des Hilfs- und Unterstützungsfonds lautet:

PSD Bank Kiel eG
IBAN: DE47 2109 0900 2902 9836 00
BIC: GENODEF1 P11



Spendenaufruf

Am Nachmittag des 23. April 2019 befand sich die Ehefrau unseres Dienstgruppenleiters Holger Beck im Schulgebäude ihrer Töchter. Unerwartet und für alle unvorhersehbar wurde sie im Rahmen einer ehrenamtlichen Elternhilfeleistung aus dem Leben gerissen. Sie verstarb im 49. Lebensjahr an einer bis dahin unentdeckt gebliebenen krankhaften Veränderung lebenswichtiger Blutgefäße. Holger hat sich nun allein den Aufgaben von Erziehung, Versorgung und Betreuung seiner beiden 12- und 16-jährigen Töchter zu stellen. Das Mitgefühl und die übermittelten Beileidsbekundungen zeigen uns, wie schmerzlich der Verlust des Ehepartners eines besonderen Kollegen auch über die Grenzen des PR Wedel hinaus ist. Viele Kolleginnen und Kollegen aber auch Freunde und Unterstützer warfen dabei auch die Fragen nach finanzieller Hilfe für die Familie auf, die wir nunmehr im Rahmen dieses Spendenaufwurfes beantworten möchten. Die Spenden sind zweckgebunden und sollen den Angehörigen die finanzielle Last nehmen und den beiden Töchtern Jill und Mia auf ihrem weiteren Lebensweg Unterstützung geben.

Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich für alle Zuwendungen bedanken, die Sie an folgende Bankverbindung überweisen können:

**Gewerkschaft der Polizei,
 Polizeistation Quickborn,
 Sparkasse Südholstein,
 IBAN: DE26 2305 1030 0000 0726 64
 Verwendungszweck: Holger Beck**





Costa Rica

Vogelgezwitscher & Kaffeeduft

13 Tage Erlebnisreise

2.995

pro Person ab €

- ▶ Karibik- und Pazifikküste in einer Reise
- ▶ Nationalparks und Vulkanlandschaften
- ▶ Strand und Natur – erholsame Tage am Pazifik

Termin: 18. bis 30. Oktober 2020

Flüge: Wir fliegen ab/bis Hamburg mit Air France oder KLM

Preis pro Person im Doppelzimmer: 2.995,- Euro

Aufpreis Einzelzimmer: 695,- Euro

Teilnehmerzahl: mind. 16 zahlende Personen,
max. 25 Personen

Leistungen, die überzeugen:

- ◆ Zug zum Flug (2. Klasse)
- ◆ Flüge bis/von San José in der Economy-Class
- ◆ Luftverkehrssteuer, Flughafen und Flugsicherheitsgebühren sowie Ausreisesteuern
- ◆ Transfers am An- und Abreisetag
- ◆ Rundreise/Ausflüge im landestypischen Reisebus mit Klimaanlage
- ◆ 9 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- ◆ 2 Lodgeübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- ◆ 11 x Frühstück, 4 x Mittagessen, 5 x Abendessen
- ◆ **Höhepunkte Ihrer Reise:**
 - Besuch einer Kaffeeplantage
 - Ausflug zu einem Vulkan
 - Idyllische Bootsfahrt durch die Kanäle von Tortuguero
 - Entspannung in Thermalquellen
 - Besuch eines typisch costa-ricanischen Dorfes
 - Costa Ricas schönster Nationalpark Manuel Antonio
- ◆ Alle Eintrittsgelder und Nationalparkgebühren
- ◆ Speziell qualifizierte Deutsch sprechende Erlebnisreiseleitung
- ◆ PSW-Reisebegleitung

Wir erleben den ursprünglichen Regenwald, eindrucksvolle Nationalparks und majestätische Vulkane im abwechslungsreichsten Land Mittelamerikas. Der Besuch von Thermalquellen und ein Badeaufenthalt am schönen Pazifikstrand laden zum Relaxen ein. Bei Aktivitäten im tropischen Regenwald wird unser Abenteuergeist geweckt!



Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Irrtum & Zwischenverkauf vorbehalten. **Einreisebestimmungen:** Die aktuellsten Einreisebestimmungen finden Sie unter www.gebeco.de/rund-um-ihre-reise/laenderinformationen. **Mobilitätseinschränkung:** Die Reise ist für mobilitätseingeschränkte Personen allgemein nicht geeignet. Sofern Sie mit uns gemeinsam prüfen möchten, welche körperlichen Voraussetzungen für die Reise nötig sind, halten Sie bitte Rücksprache. **Voransteller:** Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel Hinweis: Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Kiel



Information und Buchung:

PSW-Reisen Lübeck · Hans-Böckler-Straße 2 · 23560 Lübeck

Fon 04 51 / 5 02 17 36 · Fax 04 51 / 5 02 17 58 · psw-reisen.luebeck@t-online.de

PSW-Reisen Kiel · Max-Giese-Straße 22 · 24116 Kiel

Fon 04 31 / 1 70 93 · Fax 04 31 / 1 70 92 · psw-reisen.kiel@t-online.de



ANMERKUNGEN VON SUSANNE RIECKHOF

Und was sonst noch so war ...

April 2019

Der April steht voll und ganz im Zeichen des Personalratswahlkampfes (und ein wenig auch der Osterzeit). Die Kampagne in Sachen Strukturverbesserung von Besoldung und Versorgung wird auf den Weg gebracht. Auch laufen erneut die Vorbereitungen zur Begrüßung der Anwärterin-

nen und Anwärter. Zahlreiche Rechtsschutzfälle liegen zur Beratung und positiven Bescheidung vor. Der Business-Run am 5. Juni 2019 wird organisiert. **Wer sich noch nicht angemeldet hat, kann gern versuchen, noch einen Platz für das Team GdP zu ergattern.** Unser Team-Kapitän Sven Martinsen nimmt die letzten Anmeldungen unter



04 31/1 70 91 gern entgegen und gibt weitere Infos. Alle anderen: Seid als Zuschauer dabei und feuert Euer Team an der Kiellinie an.

RG-TERMIN

Einladung!

Lauenburg-Stormarn

Gemeinsames Grillen am Dienstag, 25. Juni 2019, ab 17 Uhr auf dem Gelände des Hundesportvereins Trittau, Rausdorfer Str. 73 in 22946 Trittau. **ALLE** Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen, ein paar schöne Stunden zu verbringen.

Für 5 € (Nichtmitglieder 10 €) könnt ihr so viel essen und trinken wie ihr wollt.

Ihr könnt euch bis zum 18. Juni 2019 bei eurer Vertrauensperson anmelden. 5 € bzw. 10 € sind dann auch gleich zu entrichten.

Fortsetzung von Seite 5

Ich bin mir absolut sicher, dass es ohne meinen Antrag und ohne die Unterstützung durch die GdP SH nicht so gekommen wäre. An dieser Stelle möchte ich mich sowohl bei meiner Gewerk-

schaft für die unkomplizierte Rechtsschutzgewährung und die tolle Begleitung in dieser Angelegenheit als auch bei meiner Anwältin Uta Scheel für die rechtliche Vertretung bedanken.

In diesem Sinne ... bleibt unbequem!
Dennis Zwick

KOMMENTAR

Umzieh- und Rüstzeiten sind Dienstzeiten

GdP-Rechtsschutzfall brachte endlich Arbeitszeiterlass – von Torsten Jäger

Kiel – Kaum ein Thema wurde so polarisierend und unterschiedlich diskutiert, wie die Anerkennung von Rüstzeiten als Dienstzeit. Obwohl das Arbeitszeitrecht in dieser Feststellung schon lange unstrittig ist, tat sich die Landespolizei mit dem Thema sehr schwer. Es musste erst zum GdP-Rechtsschutzfall werden, der jetzt einvernehmlich beendet werden konnte. Parallel führte die GdP mit der Polizeiführung und der politischen Hausspitze Gespräche. Das führte letztendlich dazu, dass seit Anfang Mai 2017 anfallende Ansprüche nicht verloren gingen. Deshalb erhalten jetzt viele Kolleginnen und Kolle-

gen rückwirkend bis zu drei Tage Sonderurlaub!

Auf dem Weg dahin mussten wir aber auch unsere Verwaltung kennenlernen. Mit Stoppuhren wurden die Wege zum Waffenschränk bemessen. Eine Abfrage in den Behörden gab wider besseres Wissen die Auskunft, dass doch alles bestens organisiert sei. Wenn dem so gewesen wäre, ist es verwunderlich, dass jetzt auch hier die Nachgewährung von Sonderurlaub erfolgt.

GdP-Rechtsschutz und daraus entstehender gewerkschaftspolitischer Druck haben zu einem guten, seit Jahren überfälligen Arbeitszeiterlass ge-

führt. Der Dienst beginnt mit Betreten und endet beim Verlassen der Dienststelle, Umzieh- und Rüstzeiten sind Dienstzeit.“ Offenbar scheint das Thema aber noch nicht beendet. Einige Polizeiführer erkennen Probleme für die innere Sicherheit durch unnütze Zeitverbräuche und behaupten, dass sich Kolleginnen und Kollegen unzulässige Freizeit erschleichen. Diesen Schlingerkurs der Polizeiführung wird die GdP nicht hinnehmen! Arbeitsschutz – und Arbeitszeitrechte und -pflichten gelten für alle und insbesondere auch für diejenigen, die 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche ihren Buckel für dieses Land hinhalten!

